

# PRESSEMITTEILUNG

24. November 2016

## Globale Neubewertung von Risiken gefährdet Finanzstabilität

- Das Finanzsystem des Euro-Währungsgebiets zeigte sich widerstandsfähig, und der systemische Stress blieb relativ gering.
- Die Risiken im Zusammenhang mit Korrekturen an den internationalen Vermögensmärkten haben sich verstärkt, was teilweise auf die politische Unsicherheit und einen erwarteten Politikwechsel in den Vereinigten Staaten zurückzuführen ist.
- Strukturelle Faktoren sorgen trotz der Versteilung der Zinsstrukturkurve weiterhin für erhebliche Anfälligkeiten der Banken im Euroraum.

Wie aus dem jüngsten Finanzstabilitätsbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) hervorgeht hat sich das Finanzsystem des Eurogebiets gegenüber den wiederholten Finanzmarkturbulenzen der letzten sechs Monate widerstandsfähig gezeigt. Allerdings verstärkten sich die Risiken für die Finanzstabilität im Euroraum im Zusammenhang mit möglichen Korrekturen an den internationalen Vermögensmärkten.

Im Vergleich zur vorherigen Einschätzung wird im Bericht auf die Möglichkeit verwiesen, dass es – vor dem Hintergrund bereits bestehender Anfälligkeiten in Schwellenländern – zu weiteren Vermögenspreisänderungen kommt, die durch politische Ereignisse in fortgeschrittenen Volkswirtschaften ausgelöst werden.

Die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Veränderungen in den USA auf die Finanzstabilität des Eurogebiets sind zu diesem Zeitpunkt höchst ungewiss. Die Wirtschaft des Euroraums könnte unmittelbar über den Handelskanal oder über potenzielle Übertragungseffekte gestiegener Zins- und Inflationserwartungen in den Vereinigten Staaten beeinflusst werden.

Bei den Banken des Eurogebiets bestehen nach wie vor erhebliche Anfälligkeiten. In einem von gedämpftem Wirtschaftswachstum geprägten Umfeld bleiben die Ertragsaussichten über alle Euro-Länder hinweg insgesamt gering. Die strukturellen Herausforderungen des Bankensektors erwachsen aus umfangreichen Beständen an notleidenden Krediten, hohen Kosten und Überkapazitäten, wobei Unterschiede in den einzelnen Ländern festzustellen sind.

In den letzten Wochen erholten sich die Kurse von Bankaktien etwas, da die Bedenken der Anleger in Bezug auf eine noch strengere Regulierung der Kreditinstitute nachgelassen und gestiegene Anleiherenditen im Eurogebiet zu einer Versteilung der Zinsstrukturkurven beigetragen haben. Sollte diese Entwicklung anhalten, könnten steiler verlaufende Zinsstrukturkurven zu einer gewissen Aufhellung der Ertragsaussichten von Banken im Euroraum führen, wobei diese derzeit ein niedriges Niveau aufweisen.

Die Risiken erstrecken sich auch auf die Realwirtschaft. So könnten trotz verhältnismäßig günstiger Finanzmarktbedingungen erneut Bedenken im Hinblick auf die Schuldentragfähigkeit aufkommen. Eine erhöhte politische Unsicherheit könnte zu einer stärker binnenwirtschaftlich orientierten, wachstumshemmenden wirtschaftspolitischen Agenda führen. Dies wiederum könnte dringend notwendige fiskalische und strukturelle Reformen hinauszögern, und im ungünstigsten Fall würden anfälliger Staaten erneut unter Druck geraten.

Auch vom Nichtbankensystem gehen Risiken für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet aus. Insbesondere die Investmentfondsbranche ist in den vergangenen Jahren rasch gewachsen. Ihre zunehmende Bedeutung erfordert eine entsprechend stärkere Überwachung. Für viele Investmentfonds besteht das Risiko von Liquiditätsengpässen. Aufgrund dieser Eigenschaft und wegen seiner engen Verflechtung mit den Kreditinstituten geht vom Investmentfondssektor ein erhöhtes Potenzial aus, marktweite Schocks zu verstärken.

Die EZB hat für die kommenden zwei Jahre vier Systemrisiken für die Finanzstabilität herausgefiltert:

- globale Neubewertung von Risiken und damit finanzielle Ansteckungseffekte, ausgelöst durch eine erhöhte politische Unsicherheit in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und anhaltende Fragilitäten in Schwellenländern
- negative Rückkopplung zwischen schwacher Ertragslage der Banken und niedrigem nominalem Wachstum bei gleichzeitig bestehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit hohen Beständen an notleidenden Krediten in einigen Ländern

- erneutes Aufkommen von Bedenken bezüglich der Schuldentragfähigkeit von Staaten und des nichtfinanziellen privaten Sektors in einem Umfeld niedrigen nominalen Wachstums, sollte die politische Unsicherheit zu einer Aufschiebung von Reformen auf nationaler und europäischer Ebene führen
- potenzielle Marktspannungen im Investmentfondssektor, die Liquiditätsrisiken und Ansteckungseffekte auf weitere Bereiche des Finanzsystems verstärken

Der Finanzstabilitätsbericht enthält außerdem drei Sonderbeiträge. Im ersten Beitrag wird ein Rahmen für die Ausgestaltung und Kalibrierung makroprudenzieller Obergrenzen für den Leverage bei alternativen Investmentfonds entwickelt. Der zweite Sonderbeitrag befasst sich mit Markthindernissen für den Handel mit notleidenden Krediten. Der Fokus liegt dabei auf Indikatoren für Marktversagen, wobei eine Unterscheidung zwischen angebots- und nachfrageseitigen Faktoren, welche die Funktionsfähigkeit des Marktes beeinträchtigen, vorgenommen wird. Im dritten Sonderbeitrag wird untersucht, welche Auswirkungen sich auf die Finanzstabilität ergeben, wenn Banken in höherem Maße von Erträgen aus Gebühren und Provisionen abhängig sind.

**Mediananfragen sind an Frau Uta Harnischfeger unter + 49 69 1344 6321 zu richten.**

**Europäische Zentralbank** Generaldirektion Kommunikation  
Internationale Medienarbeit, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland  
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: [media@ecb.europa.eu](mailto:media@ecb.europa.eu), Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**